

Am 7. September 1987 begann SED-Generalsekretär Erich Honecker seinen Arbeitsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland. Es war der erste Besuch eines DDR-Staatsoberhauptes im anderen Teil Deutschlands. Die Staatssicherheit dokumentierte die Stimmung in der DDR-Bevölkerung hinsichtlich des Honecker-Besuchs in der BRD.

Im Jahr 1987 besuchte erstmals in der Geschichte beider deutscher Staaten ein Staatsoberhaupt der DDR die Bundesrepublik. Am 15. Juli 1987 wurde gleichzeitig in den west- und ostdeutschen Medien der Besuch Erich Honeckers vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik angekündigt. Lange Zeit konnte sich die SED-Führung nicht sicher sein, ob der Besuch überhaupt stattfinden würde. Schließlich hatte er zuvor bereits dreimal abgesagt werden müssen, zuletzt auf sowjetischen Druck im Jahr 1984. Dieses Mal gab es Befürchtungen nicht nur hinsichtlich eines erneuten Einspruchs der Sowjetunion, sondern auch wegen einer kritischen, emotional aufgeladenen westdeutschen Öffentlichkeit.

Doch der wiederbelebte Abrüstungsdialog der Großmächte und der Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der Sowjetunion im Sommer 1987 hatten die Atmosphäre entspannt. Das sprach gegen ein sowjetisches Veto. Auch auf westdeutscher Seite sah man den Zeitpunkt als günstig an, stellte man doch seit zwei Jahren Besserungen im deutsch-deutschen Verhältnis fest, beispielsweise im Reiseverkehr, bei den Städtepartnerschaften und durch die Abschaffung der Todesstrafe in der DDR.

Die Stasi-Führung befürchtete, dass "der Gegner" den Besuch für seine "antisozialistische Zielstellung" missbrauchen, dass "antisozialistische Kräfte" gegen Honecker persönlich gerichtete Aktionen inszenieren und oppositionelle Kräfte in der DDR "feindlich-negativ wirksam" werden könnten. Deshalb ordnete Stasi-Chef Erich Mielke im Rahmen der Aktion "Dialog 87" umfangreiche Sicherungsmaßnahmen an.

Honeckers Besuch war auf Wunsch der Bundesregierung protokollarisch unterhalb der Ebene eines offiziellen Staatsbesuchs angesiedelt und galt formal nur als "Arbeitsbesuch", jedoch begleitet von militärischen Ehren und dem Abspielen der Hymnen beider Staaten vor dem Bonner Bundeskanzleramt. Die annähernde protokollarische Gleichstellung Honeckers mit anderen ausländischen Staatsgästen interpretierte die DDR-Führung dahingehend, dass die DDR von der BRD als gleichberechtigter deutscher Staat anerkannt worden sei. Dieser außenpolitische Erfolg festigte in ihren Augen auf Dauer die deutsche Zweistaatlichkeit und somit den Bestand der DDR, und zugleich öffnete der Bonn-Besuch Honecker die Türen für Staatsbesuche in Paris, London und Washington.

Vor, während und nach dem Honecker-Besuch in der Bundesrepublik verfasste die Staatssicherheit Berichte über die Stimmung in der DDR-Bevölkerung. Bereits am ersten Tag des Besuchs hatte Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede noch einmal die Grundpositionen der Bundesrepublik deutlich gemacht und dabei sehr klare Worte zur offenen deutschen Frage und zum Ziel der Wiedervereinigung gefunden. In dem vorliegenden Dokument berichtet die Staatssicherheit, dass die Rede des Bundeskanzlers vom Vortag, in der die "offene deutsche Frage" und die Menschenrechtsproblematik angesprochen worden waren, in der Bevölkerung besondere Beachtung fand.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 14-17

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Urheber: MfS und Informationsgruppe Datum: 9.9.1987

Rechte: BStU





Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 14-17



Zentrale Auswertungsund Informationsgruppe Berlin, 9. September 1987

BStU 000015

Erste Hinweise über Reaktionen der Bevölkerung auf den offiziellen Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, in der BRD

Vorliegenden Hinweisen zufolge werden Verlauf und Ergebnisse des offiziellen Besuchs von allen Kreisen der Bevölkerung mit außerordentlich großem Interesse verfolgt. Die umfangreiche Berichterstattung der DDR-Massenmedien über dieses Ereignis findet allgemein Zustimmung.

In den Diskussionen werden insbesondere die große politische Bedeutung dieses Besuches und sein nachhaltiges internationales Echo hervorgehoben. Erneut bekräftigt wird - vor allem unter dem Eindruck der ersten Besuchstage - die Feststellung, daß sein Zustandekommen ein beachtlicher Erfolg der Friedenspolitik und das Ergebnis der beharrlichen Dialogpolitik der DDR sei. Progressive Kräfte verweisen mit besonderer Genugtuung auf den offiziellen Empfang des Genossen Honecker in der BRD. Mit dem nach diplomatischem Protokoll abgelaufenen ersten Besuchstag habe die BRD vor der Weltöffentlichkeit die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten de facto anerkannt. Vielfach wird auch betont, die Gesprächsinhalte mit führenden Politikern der BRD machten trotz aller Gegensätze das Bemühen beider Seiten deutlich, auf längere Sicht Fortschritte bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu erreichen. Dies widerspiegele sich in der Bekundung des Willens und der Bereitschaft beider Seiten, den Dialog zu internationalen und bilateralen Fragen weiterzuführen.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen bisher die Inhalte der Tischreden. Nahezu übereinstimmend wird eingeschätzt, daß die Reden des Gen. Erich Honecker sowie die von Bundeskanzler Kohl und Bundespräsident Weizsäcker die tiefgreifenden politischen Gegensätze sichtbar gemacht hätten.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 14-17



BStU 000016

2

Progressive Kräfte äußerten ihre Befriedigung darüber, daß Gen. Honecker alle Möglichkeiten genutzt habe, um die Grundfragen unserer Zeit in den Mittelpunkt seiner Ausführungen zu stellen und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen für beide deutsche Staaten überzeugend darzulegen. Die Reden der führenden BRD-Politiker werden dagegen differenziert bewertet. In zahlreichen Diskussionen wird insbesondere die von Bundeskanzler Kohl beharrlich vertretene These von der "offenen deutschen Frage" sowie seine Forderung auf Abschaffung der "Mauer" und des "Schießbefehls" als politische Provokation und als erneuer Versuch einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR charakterisiert. Besonders ältere Bürger erklärten, daß der von Kohl formulierte Alleinvertretungsanspruch mit ausdrücklicher Bezugnahme auf das Grundgesetz der BRD an die Zeit des "kalten Krieges" erinnere.

Wiederholt wurde von progressiven Kräften, darunter von zahlreichen Werktätigen aus Großbetrieben, der Standpunkt vertreten, die anmaßende Haltung Kohls, im Interesse "aller Deutschen" sprechen zu wollen, lasse Zweifel aufkommen, ob der von ihm beteuerte Friedenswille der BRD-Regierung und seine Bereitschaftserklärung, an Rüstungsbegrenzung und Abrüstungsschritten mitwirken zu wollen, ehrlich gemeint und die BRD-Regierung in der Folgezeit zu konkreten Schritten auf dem Gebiet der Abrüstung bereit sei. Kohl habe sich in seiner stark emotional angelegten Rede offensichtlich bewußt auf solche Fragen wie Menschenrechte, "Meinungsfreiheit" usw. konzentriert, um bei einem Teil der DDR-Bevölkerung Resonanz zu finden.

In diesem Zusammenhang äußerten Bürger wiederholt Verwunderung und vereinzelt Unverständnis darüber, daß Gen. Honecker in seinen Tischreden so viel Zurückhaltung geübt und die provokatorischen Äußerungen Kohls nicht zurückgewiesen habe.

Beachtenswert sind jedoch auch Auffassungen, in denen dem Bundespräsidenten Weizsäcker - im Gegensatz zu Kohl - mehr politischer Realismus und diplomatisches Geschick bescheinigt werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 14-17



BStU 000017 3

Solche Personen, die bereits im Vorfeld des Besuches vielfältige Erwartungshaltungen, besonders hinsichtlich der Erweiterung von Reisemöglichkeiten in die BRD und weiterer sogenannter menschlicher Erleichterungen, äußerten, zeigten sich von den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen der Gespräche enttäuscht. Sie vermißten in den Reden des Gen. Honecker Bezugspunkte zu solchen Fragen, die "die Menschen unmittelbar berühren".

Personen mit einer politisch negativen Grundhaltung und hinlänglich bekannte feindlich-negative Kräfte informieren sich nach vorliegenden Hinweisen über Inhalt und Verlauf des offiziellen Besuchs fast ausschließlich durch das Verfolgen von Sendungen westlicher elektronischer Medien. Bekanntgewordene Auffassungen und Standpunkte dieses Personenkreises lassen bisher im wesentlichen folgende Tendenzen erkennen:

- Das politische Anliegen des offiziellen Besuches wird von ihnen ignoriert bzw. herabgewürdigt. Das widerspiegelt sich u. a. in häufig geäußerten Auffassungen, wonach ökonomische Sachzwänge und nicht das von der DDR propagierte politische Grundanliegen ausschlaggebend für die Reise gewesen seien. Der Besuch sei nur von propagandistischem Wert. Für die "einfachen Menschen" in der DDR komme nichts heraus. Unter Hinweis auf die der DDR-Delegation angehörenden Wirtschaftsexperten und die Zusammenkünfte mit Vertretern von Konzernen und Banken in der BRD behaupten sie, der Besuch diene ausschließlich dem Ziel, ökonomische Unterstützung durch die BRD zu erhalten.
- Durch die Reden von Kohl, insbesondere durch dessen Ausführungen zur Menschenrechtsproblematik, fühlen sie sich in ihren negativen bis ablehnenden Haltungen gegenüber der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR bestärkt. Übersiedlungsersuchende verweisen in diesem Zusammenhang auf die "Rechtmäßigkeit" ihres Vorhabens.
- Unter Bezugnahme auf die bisher veröffentlichten Reden und Gesprächsinhalte behaupten sie, es sehe nicht danach aus, daß im Ergebnis des Besuches seitens der DDR den DDR-Bürgern weitergehende Reiseerleichterungen eingeräumt würden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 4229, Bl. 14-17